

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan    Telefon (075) 232 42 42    Fax Redaktion (075) 232 29 12    Fax Inserate (075) 232 95 46    Amtliches Publikationsorgan    80 Rp.

## AKTUELL

### Lokalradiolandschaft abgesteckt

Bern (AP) Der Bundesrat hat die künftige Lokalradiolandschaft in Teilen der Deutschschweiz, in der Romandie und im Tessin für die nächsten zehn Jahre abgesteckt. Revolutionäre Änderungen im Vergleich zur bestehenden Versuchsordnung sind nicht vorgesehen. Die Region Bern erhält ein drittes Lokalradio. Der Empfang der SRG-Programme soll verbessert werden.

Nach weit über zehn Jahren senden die Lokalradios in der Schweiz nur aufgrund einer Versuchsordnung. Bis voraussichtlich Ende 1995 sollen die provisorischen Konzessionen durch definitive Betriebsbewilligungen abgelöst werden, die auf das 1992 in Kraft getretene Radio- und Fernsehgesetz abgestützt sind.

### Weltweit höchste Löhne in Zürich

Zürich (AP) Zürich ist das viert- teuerste Pflaster der Welt, doch werden dort gemäss einer am Mittwoch veröffentlichten Studie der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) die weltweit höchsten Löhne bezahlt. Teuerste Stadt der Welt ist Tokio.

Die alle drei Jahre erscheinende SBG-Studie «Preise und Löhne rund um die Welt» vermittelt einen möglichst umfassenden Überblick über Waren- und Dienstleistungskosten einerseits und Löhne, Lohnabzüge sowie Arbeitszeiten andererseits in 53 wichtigen Städten der Welt, wie die SBG mitteilte. Beim Vergleich der Kosten für einen aus mehr als 100 Gütern und Dienstleistungen bestehenden Warenkorb erweist sich Tokio klar als teuerste Stadt der Welt.

### Für Klarheit über NEAT-Finzen

Bern (AP) Die Finanzdelegation der Eidgenössischen Räte will Klarheit über die finanziellen Auswirkungen der NEAT. Sie hat das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (EVED) aufgefordert, die Kostenberechnungen und die Verkehrsprognosen auf den neusten Stand zu bringen, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten.

Die Mitglieder der Finanzdelegation führten zu den NEAT-Finzen eine Aussprache mit Bundespräsident Otto Stich und EVED-Vorsteher Adolf Ogi.

## Bis auf weiteres zehn Gemeinderäte in Eschen und Triesen

Die Regierung unterbreitete dem Landtag eine Vorlage zur Abänderung des Gemeindegesetzes – Einwohnerlimite soll erhöht werden

Aufgrund der gestiegenen Einwohnerzahlen müssten – wie im derzeitigen Gemeindegesetz festgeschrieben – bei den Gemeinderatswahlen 1995 in Eschen und Triesen zwölf statt zehn Mitglieder des Gemeinderates gewählt werden. Auf Wunsch der beiden Gemeinden soll nun allerdings das Gesetz dahingehend geändert werden, dass keine Erhöhung der Zahl der Gemeinderatssitze nötig wird. Der Landtag wird sich in seiner nächsten Sitzung mit einer diesbezüglichen Vorlage der Regierung auseinandersetzen, die sich in ihrem Bericht auch im Hinblick auf die in Behandlung stehende Totalrevision des Gemeindegesetzes für diese vorgezogene Anpassung des derzeitigen Gesetzes ausspricht.

Die Anzahl der Mitglieder eines Gemeinderates bestimmt sich aufgrund der Einwohnerzahlen. In Gemeinden mit bis zu 3000 Einwohnern weist der Gemeinderat zehn Mitglieder auf. Liegt die Einwohnerzahl über 3000, so besteht der Rat aus zwölf Mitgliedern. Massgebend für die Einwohnerzahl ist jeweils die

letzte Volkszählung. Diese wurde im Jahre 1990 durchgeführt.

### Gesuch von Eschen und Triesen

Aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1990 würde sich die Zahl der Gemeinderäte in Triesen und Eschen von zehn auf zwölf erhöhen. Beide Gemeinden gelangten jedoch an die Regierung und ersuchten um eine Abänderung des Gemeindegesetzes, die es ihnen gestattet würde, die bisherige Anzahl Gemeinderatssitze beizubehalten. In Triesen und Eschen sprachen sich die Gemeinderäte dafür aus, dass die für die Anzahl der Gemeinderäte massgebliche Einwohnerzahl erhöht werden soll.

Auch die Vorsteherkonferenz befasste sich in zwei Sitzungen mit diesem Anliegen. Die Konferenz gelangte zur Ansicht, dass die gewünschte Erhöhung der gesetzlich festgelegten Einwohnerzahlen im Gemeindegesetz vorgenommen werden könne, ohne dass dies Folgen für die geplante Totalrevision des Gemeindegesetzes hätte. Einhellig sei die Vorsteher-

konferenz der Ansicht, heisst es im Bericht an den Landtag, dass die Regierung dem Wunsch der beiden Gemeinden entsprechen und dem Parlament Antrag auf Abänderung des Gemeindegesetzes in diesem Punkt stellen sollte.

### Erhöhung der Einwohnerlimite

Die inzwischen dem Landtag unterbreitete Regierungsvorlage zur Änderung des Gemeindegesetzes sieht vor, dass die Einwohnerlimite von 3000 auf 3700 Einwohner erhöht wird. In Eschen wurden 1990 total 3103 Einwohner gezählt, in Triesen 3553. Durch die vorgeschlagene Gesetzesänderung könnten beide Gemeinden ihre derzeitige Sitzzahl behalten. Die Limite von 3700 Einwohnern wurde gewählt, weil eine Erhöhung auf 4000 dazu führen würde, dass in der Gemeinde Balzers die Anzahl der Gemeinderatssitze von zwölf auf zehn reduziert werden müsste. Balzers wies bei der letzten Volkszählung 3791 Einwohner auf. Die Gemeinde Balzers hat sich jedoch dafür ausgespro-

chen, ihre derzeitige Sitzzahl zu behalten.

### Beschluss im September

Die Regierung hält in ihrem Bericht abschliessend fest, dass sie sich auch im Hinblick auf die in Behandlung stehende Totalrevision des Gemeindegesetzes für diese vorgezogene Anpassung des heutigen Gesetzes ausspricht. Denn die aktuelle Fassung des neuen Gemeindegesetzes liesse es zu, dass die Gemeinden Eschen und Triesen die Anzahl von zehn Gemeinderatssitzen beibehalten könnten. Würde das Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeändert, müssten diese Gemeinden die Sitzzahl für eine Mandatsperiode ausweiten, um sie nach Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes eventuell wieder zu senken.

Die Regierung beantragte beim Landtag, über die Gesetzesvorlage bereits in der Septembersitzung (14./15. September) endgültig zu beschliessen. Andernfalls könnte sie für die Gemeinderatswahlen 1995 keine Wirkung entfalten.

## Partnerschaft Schweiz – Liechtenstein: Modell für Europa

Jubiläumsveranstaltung des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC) in Bern



Der Internationale Liechtensteiner Presseclub (LPC) feierte sein 25jähriges Bestehen auf eine besondere Art. Gestern abend lud der LPC zu einem Medienempfang im Hotel «Bellevue» in Bern ein. Das Treffen stand unter dem Motto «Partnerschaft Schweiz – Liechtenstein: Modell für Europa». Nach dem Empfang waren die Medienvertreter Gäste bei Prinz Nikolaus, dem Botschafter Liechtensteins in der Schweiz. Prinz Nikolaus gehört zu den Gründungsmitgliedern des Presseclubs und nimmt seit der Gründung die wichtige Aufgabe des Schirmherrn des Clubs wahr. (Bild: Keystone)

## Weitere Gespräche zur Mehrwertsteuer

Bern (AP) Das Seilziehen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein um die Erhebung der Mehrwertsteuer geht in die dritte Runde. Regierungschef Mario Frick wird sich morgen Freitag mit Bundespräsident Otto Stich treffen, wie das Presseamt der Regierung gestern mitteilte.

Der schweizerische Vizekanzler Achille Casanova sagte gestern, der Bundesrat habe seinen Willen bekräftigt, eine Lösung zu finden, obwohl dies in Anbetracht der von Liechtenstein geäusserten Ansprüche derzeit schwierig sei. Die beiden zuvor geführten Gespräche zwischen Stich und Frick von Ende Juni und Anfang August waren ohne Einigung zu Ende gegangen. Die Schweiz vertrat die Ansicht, dass Liechtenstein aufgrund des Zollvertrags zum schweizerischen «Zollinland» gehöre und die Mehrwertsteuer deshalb von der Schweiz aus zu erheben sei. Das Fürstentum bestand dagegen auf seine Steuerhoheit und wollte bei der Mehrwertsteuer im Gegensatz zur Warenumsatzsteuer den autonomen Gleichlauf praktizieren.

An seiner wöchentlichen Sitzung befasste sich der Bundesrat laut Casanova ferner mit dem Drogenproblem, ohne dabei Entscheide zu fällen. Die Vorsteher des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI), Ruth Dreifuss, informierte über den Stand der Vorbereitungsarbeiten auf Bundesebene im Hinblick auf die Projektorganisation Drogenprobleme.

## Zollkreise Chur und Lausanne werden aufgelöst

Nur noch vier statt sechs Zollkreise – Einsparungen von drei Millionen Franken

Bern (AP) Die Zollkreise von Chur und Lausanne werden auf den 1. Juni 1995 aufgelöst und in die Zollkreise Schaffhausen respektive Genf eingegliedert. Neu gibt es nur noch vier statt bisher sechs Zollkreise. 25 bis 30 Stellen sollen abgebaut werden. Es wird mit Einsparungen von drei Millionen Franken pro Jahr gerechnet, wie das EFD am Mittwoch mitteilte.

Der Entscheid ist eine Folge des Sanierungsprogrammes 1993. Das Parlament hatte dem Bundesrat im März die Kompetenz erteilt, die Zollkreise selber festzulegen. Der Bundesrat hat nun wie erwartet von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und die Zahl der Zollkreise von bisher sechs auf vier reduziert. Dabei werden die bisherigen Zollkreise II (Schaffhausen) und III (Chur)

mit Direktionssitz in Schaffhausen zusammengelegt. Ebenfalls zusammengelegt werden die Kreise Lausanne und Genf, wobei der Direktionssitz in Genf angesiedelt wird. Die Zollkreise Basel und Lugano bleiben unverändert.

Der Bundesrat hatte bei der Präsentation des Sanierungsprogrammes 1993 versichert, dass der Zoll mit noch vier Zollkreisen seine Aufgaben ohne Leistungseinbusse erfüllen könne. Den jährlich erwarteten Einsparungen von rund drei Millionen Franken stünden lediglich geringfügige einmalige Aufwendungen für die Anpassung der Infrastruktur gegenüber. Die Einsparung von 25 bis 30 Stellen soll über die normale Personalfuktuation und die Zuweisung neuer Aufgaben erfolgen. Entlassungen sind laut Botschaft des Bundesrates

nicht geplant. Insgesamt beschäftigt das Grenzschutzkorps rund 1900 Personen.

Das Gebiet der Schweiz wird neu in die folgenden vier Zollkreise eingeteilt: erster Zollkreis mit Sitz in Basel (umfasst Bern, Luzern, Obwalden, Nidwalden, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Jura und Aargau ohne die Bezirke Baden und Zurzach); zweiter Zollkreis mit Sitz in Schaffhausen (umfasst Zürich, Uri, Schwyz, Glarus, Zug, Schaffhausen, die beiden Appenzell, St. Gallen, Graubünden mit Ausnahme des Bezirkes Moesa sowie die aargauischen Bezirke Baden und Zurzach); dritter Zollkreis mit Sitz in Genf (umfasst Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg und Genf); vierter Zollkreis mit Sitz in Lugano (umfasst Tessin sowie den bündnerischen Bezirk Moesa).



VADUZ • STÄDTLE • RATHAUSPLATZ  
LECH A. ARLBERG • AMBROSIUSPASSAGE

DS-140, Design: Reto Frigg

**deSede-Handwerk.**  
Die Liebe zum Detail.

Ursprüngliches, natürliches Leder und ausgewählte Stoffe - verarbeitet nach höchsten Qualitäts-Massstäben. deSede. Spürbare Handwerkskunst made in Switzerland.

deSede

**THONY**

FL-9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16  
Tel. 075/232.44.22

▲ **WONEN**